BLAUE RATHAUSPOST

Schulden, Schulden, Schulden!



Unser Blick auf die Stadtpolitik

AfD FRAKTION LEIPZIG



Liebe Leipziger,

Deutschland hat gewählt! Der dritte Wahltag innerhalb eines Jahres liegt hinter uns und die Bürger haben gesprochen. Sie haben der Alternative für Deutschland ein herausragendes Ergebnis von bundesweit 20,8 Prozent beschert. In unserer Heimatstadt erreichten wir ein phänomenales Wahlergebnis von stadtweit 21,9 Prozent und eroberten erstmals ein Direktmandat in Leipzig! Nur das fragwürdige neue Wahlrecht verhinderte, dass der direkt gewählte AfD-Kandidat Christian Kriegel für Leipzig-Nord in den Bundestag einzieht. Aus diesem Ergebnis im Bund und in Leipzig ergeben sich für die nächste Zeit gemischte Aussichten:

Zum einen wird die fatale Politik der illegalen Massenmigration und der Zerstörung der deutschen Wirtschaft wohl weitergehen, inklusive der schädlichen, existenzbedrohenden Auswirkungen auf die Kommunen. Auch die Stadt Leipzig steht im Hinblick auf den im März gefassten Haushaltsbeschluss vor größten Problemen (mehr dazu auf Seite 3).

Zum anderen ist die einstige linke Dominanz in Leipzig am Ende! Dies lässt sich mittlerweile auch bei so mancher Abstimmung im Leipziger Stadtrat beobachten. CDU, AfD, BSW und die fraktionslosen Stadträte verfügen mit 36 von 71 Sitzen über eine hauchdünne Mehrheit!

Voraussichtlich 2027 steht die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters für Leipzig an. Wir als AfD-Fraktion werden weiterhin für die Interessen der Leipziger kämpfen. Unser Ziel: Herr Jung muss 2027 seinen Stuhl für einen geeigneteren Nachfolger aus den Reihen des bürgerlich-konservativen Spektrums räumen!

Leipzigs Doppelhaushalt

Schulden, Schulden, Schulden!



Schulden scheinen derzeit schwer in Mode zu sein. Die Ratsversammlung hat kürzlich den Doppelhaushalt der Stadt Leipzig für die Jahre 2025/2026 beschlossen – gegen die Stimmen der AfD-Fraktion. Denn ein Gesamtdefizit von 61 Millionen Euro, welches Kosten auf die kommenden Generationen abwälzt, können wir einfach nicht mittragen! Zumal die zahlreichen Einsparvorschläge der AfD-Fraktion vollständig unberücksichtigt blieben.

Unsere Sparvorschläge:

- **Beschaffung von Fahrzeugen und motorisierter Ausrüstung nur nach wirtschaftlichen und nicht nach klimaideologischen Aspekten**
- **Verkauf von kommunalen Liegenschaften zur Schaffung von Wohnraum und wirtschaftlichen Ansiedlungen**
- **Einsparungen im Referat Migration und Integration**
- **Einsparungen im Referat Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt**
- **Gleichstellungspolitik der Stadt Leipzig auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß reduzieren**
- **Streichung von fragwürdigen Klimaschutz-Projekten**
- **Streichung von städtischen Preisgeldern bei Preisverleihungen**
- **Ausstieg aus der Europäischen Mobilitätswoche**

Ein wirklicher Wille zu Einsparungen war bei der Verwaltungsspitze und bei den meisten Fraktionen nicht erkennbar. Zumal der CDU-Finanzbürgermeister im Nachhinein diesen Schuldenhaushalt noch schönredete im Sinne von: Woanders ist es ja noch schlimmer! Verantwortungsvolle Politik für künftige Generationen sieht anders aus!

Wenn man sich die Schuldenhaushalte im Bund, im Land und bei uns in Leipzig anschaut, welche beide von der CDU vorangetrieben wurden, dann bekommt das Wort „Schuldenunion“ eine ganz neue Bedeutung. Wir setzen uns weiter für solide Finanzen und eine auf das Wohl der Bürger fokussierte Verwaltung ein!

Stadt Leipzig ignoriert Vandalismus in Asylunterkünften und Gewährleistungswohnungen durch Asylbewerber!

Die Unterbringung von Flüchtlingen stellt eine Pflichtaufgabe nach Weisung dar. Nach Sächsischem Flüchtlingsaufnahmegesetz (SächsFlüAG) ist die Stadt Leipzig Untere Unterbringungsbehörde und hat entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten zur Aufnahme von Flüchtlingen bereitzustellen bzw. zu schaffen. Objektankäufe zu horrenden Summen und Knebelmietverträge über mindestens zehn Jahre zu schlechten Konditionen waren in der Vergangenheit die Folge – bezahlt durch deutsches Steuerzahlergeld!

Logisch, dass die Gastgeber dann auch voraussetzen, dass die Gäste pfleglich und sorgsam mit dem ihnen zur Verfügung gestellten Wohnraum umzugehen haben. Dies scheint aber offenbar nicht immer der Fall zu sein! Berichten zufolge werden regelmäßig Haushaltsgeräte in Gewährleistungswohnungen und Asylheimen durch unsachgemäße Nutzung in Mitleidenschaft gezogen sowie Mobiliar mutwillig zerstört. Fraglich, inwieweit Schadensverursacher oder soweit vorhanden deren Versicherungen in Regress genommen werden.

Deshalb haben wir nachgefragt:
In welcher finanziellen Höhe wurden in den letzten zehn Jahren Schäden in Gewährleistungswohnungen und Gemeinschaftsunterkünften durch Asylbewerber verursacht? Welche Sanktionsmöglichkeiten hat die Stadt Leipzig gegenüber Leistungsberechtigten nach Asylbewerberleistungsgesetz, welche durch unflätiges Verhalten in den Unterkünften auffallen?

Die Antwort der Leipziger Stadtspitze offenbart Unglaubliches:
„Schäden in Gewährleistungswohnungen und Gemeinschaftsunterkünften sowie an Mobiliar und Haushaltsgeräten, welche durch Leistungsberechtigte nach Asylbewerberleistungsgesetz verursacht wurden, werden statistisch nicht erfasst. Die Bewirtschaftung von Gemeinschaftsunterkünften obliegt dem Betreiber der jeweiligen Einrichtung und wird pauschaliert gezahlt. Dazu gehört auch die Erst- und Nachausstattung mit Möbeln sowie Reparaturen innerhalb der Unterkunft. Das Asylbewerberleistungsgesetz beinhaltet keine leistungsrechtlichen Sanktionen für mögliches Fehlverhalten von Bewohnenden in den Gemeinschaftsunterkünften."

Kurzum, Sachschäden in Asylheimen und Gewährleistungswohnungen durch Asylbewerber werden ignoriert und nicht geahndet. Wir, die Steuerzahler, müssen für Reparaturen und Ersatzbeschaffungen aufkommen!

Im Norden Deutschlands versucht man mit Vandalismus, Alkohol- und Drogenkonsum in Flüchtlingsunterkünften nun gänzlich anders umzugehen. Der Landkreis Vorpommern-Rügen plant als erster die Einführung eines Bußgeldkatalogs für Fehlverhalten in Asylheimen. Ein Beispiel für Leipzig?



Nachgefragt: Bürgergeld-Empfänger in Leipzig – 42 Prozent Migranten!

In der Februar-Ratsversammlung wollten wir mittels einer Anfrage von der Leipziger Stadtverwaltung wissen, wieviele Bürgergeld-Empfänger in Leipzig registriert sind und wie hoch der Anteil an Migranten unter den Regelleistungsberechtigten ist.

Das Antwortschreiben der Stadtverwaltung auf unsere Anfrage offenbart Schockierendes: Von 51.989 Regelleistungsberechtigten (Bürgergeld-Empfängern) in Leipzig sind 22.049 Migranten (Stand Ende 2024). Das sind 42 Prozent – Tendenz steigend!

Auf Platz 1 liegt die Arabische Republik Syrien mit 6.721 Bürgergeld-Empfängern, den 2. Platz nimmt die Ukraine ein (5.853 Bürgergeld-Empfänger), 1.532 Regelleistungsberechtigte kommen aus Afghanistan (Platz 3). Die viert- und fünftgrößte Volksgruppe an Bürgergeld-Empfängern kommt aus dem Irak und Rumänien (Stand Ende 2024).

Fazit: Das von der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP beschlossene Bürgergeld ist eine Einladung zum Müßiggang: Es nimmt vielen Menschen die Motivation zu arbeiten.

Aufgrund der Vielzahl an freiwilligen Unterstützungsleistungen, der nahezu unbegrenzten Übernahme von Wohn- und Heizkosten stehen Bürgergeldempfänger nicht selten besser da als Arbeitnehmer, die für niedrige Gehälter arbeiten gehen. Es ist ungerecht, wenn beispielsweise der Lkw-Fahrer durch harte Arbeit mit persönlichem Risiko, hoher Verantwortung und Trennung von seiner Familie dem Nichterwerbstätigen ein faktisch bedingungsloses Grundeinkommen finanziert. Es ist vorhersehbar: Das Bürgergeld wird unserer Volkswirtschaft auch weiterhin einen schweren Schaden zufügen! Daran werden auch die im Herbst 2024 beschlossenen verschärften Sanktionsmöglichkeiten wenig ändern.

Außerdem ist das Bürgergeld ein Anreiz für Menschen, die aus dem Ausland als Wirtschaftsmigranten ins Bürgergeld-System wechseln. Dies stigmatisiert nicht zuletzt all diejenigen, die im Sozialleistungsbezug sind, weil sie nicht arbeiten können. Sie werden mit all jenen, denen das Bürgergeld als ausreichend erscheint, in einen Topf geworfen.

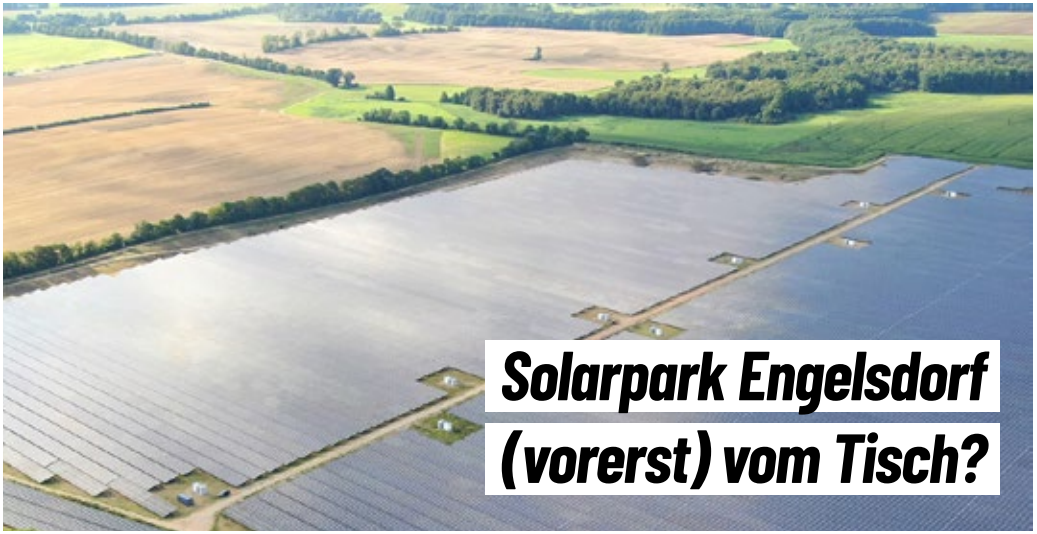
Leipzig darf kein Hafen für illegale Migration sein!

Die Stadt Leipzig ist seit Oktober 2020 Mitglied im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“. Ziel des Bündnisses ist es, Städte und Gemeinden zur freiwilligen Mehraufnahme von Flüchtlingen zu bewegen und illegale Migration sanktionsfrei zuzulassen. Mit anderen Worten: Bruch von geltendem Recht, Schaffung von Anreizen für illegale Migration und Förderung der Kompetenzüberschreitung von Kommunen! Denn die Zuständigkeit für die Durchführung von Asylverfahren liegt gemäß Dublin-III-Verordnung beim Ersteinreiseland in die EU. Die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten im Rahmen des Asyl- und Aufenthaltsrechts fällt gerade nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Leipzig!

Folgerichtig beantragten wir, dass sich die Stadt Leipzig nicht länger an einem Bündnis dieser politischen Ausrichtung beteiligt und unverzüglich austritt. Damit wären wir dem Vorbild der Städte Cottbus und Dresden gefolgt, welche im Oktober 2023 bzw. März 2024 ihren Austritt aus dem Bündnis erklärten und dadurch ein deutliches Zeichen gegen den Kontrollverlust in der Migrationspolitik setzten!

Leider fand unser Antrag – vor allem aufgrund der zögerlichen Haltung der BSW-Fraktion – keine Mehrheit. Der Weg der politisch aufgezwungenen, rechtsbrüchigen „Willkommenskultur“ wird somit in Leipzig vorerst fortgesetzt.





Solarpark Engelsdorf (vorerst) vom Tisch?

Die Stadtwerke Leipzig beabsichtigten, auf drei Flächen in Engelsdorf (nördlich der Althener Straße zwischen dem Wohngebiet „Im Blumengrund“ und der A 14) Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von angeblich bis zu 45 MWp zu errichten. Die Stadt Leipzig wollte eigentlich noch im Sommer 2024 das Verfahren zur Aufstellung eines notwendigen Bebauungsplanes einleiten. Insgesamt sollten dann 41 Hektar wertvoller Ackerfläche vernichtet werden! Doch daraus wird nun scheinbar nichts.

Die Stadtverwaltung hat das Vorhaben kurzfristig auf Eis gelegt. Grund dürfte der massive Gegenwind von Seiten der Kommunalpolitik, aber auch der Bürgerschaft gewesen sein. Eine von AfD-Stadtrat Marius Beyer initiierte Petition gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 481 „Solarpark Althener Straße/Zum Sonnenblick“ wurde von mehr als 500 Engelsdorfer Bürgern mitgezeichnet. Nun ist der Solarpark vorerst vom Tisch! Nicht zuletzt auch durch Einwände aus der regionalen Landwirtschaft:

„Wir haben in den vergangenen Jahren alles darangesetzt, die Qualität der Böden auf natürliche Weise zu verbessern“, sagt Landwirt Ingo Winter aus dem Leipziger Ortsteil Althen, der die für den Solarpark vorgesehen Fläche aktuell bewirtschaftet.

Er führt weiter aus: „Nach den Hauptkulturen werden beispielsweise ausgewählte Zwischenfrüchte angebaut, die auch jetzt wieder auf den Feldern standen. Sie sind nicht nur wertvoller Gründünger. Sie sorgen auch für Lockerung und Durchlüftung und kurbeln das Bodenleben an, welches für die Fruchtbarkeit eines Ackers so unerlässlich ist. Und die Mühen haben sich ausgezahlt – Bodenzahl 50 plus. Das sind heute alles sehr gute Böden hier!“

Winter, dessen Familie in der Region seit Generationen Landwirtschaft betreibt, kann sich selbst nicht gegen die Errichtung des Solarparks wehren. Er ist nicht Eigentümer, sondern nur Pächter des Landes. Mit Pachtsummen, mit denen ein Energieversorger Landeigentümer locken könnte, kann er nicht mithalten. Umso erleichterter dürfte auch er sein, dass das Vorhaben vorerst auf Eis liegt. Wachsamkeit ist in Zukunft dennoch geboten!

Mayors for Peace: Kein klarer Friedenskurs in Leipzigs Stadtpolitik erkennbar!



Anfang Februar 2024 haben die Vorsitzenden des internationalen Städtenetzwerkes „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) – die Oberbürgermeister von Hiroshima und Nagasaki – zu einer diplomatischen Beendigung des Ukraine-Krieges aufgerufen. Auf Antrag einer Stadtratsfraktion sollte in der Februar-Ratsversammlung Leipzigs Oberbürgermeister beauftragt werden, sich dieser Friedensinitiative im Rahmen der „Mayors for Peace“-Mitgliedschaft anzuschließen.

Die AfD-Fraktion Leipzig begrüßt diese Ratsinitiative ausdrücklich und stellt klar: Unabhängig davon, wer diesen Krieg begonnen hat, ist die Beendigung dieses Krieges die wichtigste Aufgabe! Dieser Krieg führt zum sinnlosen Töten auf dem Schlachtfeld und zur Verkrüppelung vieler jungen Männer auf beiden Seiten der Front.

Wie viele Mütter, Frauen und Kinder müssen noch den Tod ihre Söhne, Männer und Väter beweinen? Es ist immer wieder interessant zu lesen oder zu hören, dass Menschen, die nie einen Bezug zum Militär hatten, am lautesten schreien, wenn es um Kriegsunterstützung geht.

Gegenwärtig sind die meisten warnenden Stimmen aus den Kreisen der hohen Offiziere, der Generäle, der Admiräle zu vernehmen – also von verantwortungsvollen Militärs – die wissen, wovon sie sprechen. Sie haben den Krieg studiert!

Demzufolge können Stadtoberhäupter – als gleichfalls verantwortungsbewusste Entscheidungsträger – hier eine gewaltige Stimme sein, den Krieg zu beenden. Nur schnelle Friedensverhandlungen können weiteres Leid verhindern.

Leider wurde der Antrag letztlich durch ideologisch begründete Schuldzuweisungen derart verändert, dass eine Zustimmung unserer Fraktion nicht mehr möglich war.

Impressum:
AfD-Fraktion Leipzig
Neues Rathaus · Martin-Luther-Ring 4 - 6
04109 Leipzig · Zimmer 178
Telefon: 0341 123 2189
afd-fraktion@leipzig.de

www.afdfraktion-leipzig.de
facebook.com/afdfraktionleipzig
instagram.com/afd.fraktion.leipzig

V.i.S.d.P.:
Tobias Keller, Fraktionsvorsitzender

Bildnachweise: S.1: vecteezy.com/chanwit yasamut; S.2: privat; S.3: hvostik16/stock.adobe.com; S.5: studio v-zwoelf/stock.adobe.com; S.6: hpgruese/pixabay.com S.7: HarmvdB/pixabay.com; S.8: OpenClipart-Vectors/pixabay.com

Ausgabe 02/2025